

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeschlossen.
Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 282 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 282 - 297

Prinz - Bürgerblock - Arbeiter!

Heil den Hohenzollern! - Die Arbeiter sollen dienen und arbeiten!

Gestern haben die Deutschnationalen eine „Kriegsuntergebung der deutschen Arbeiterschaft“ abgehalten. Sie haben ihre „deutschnationalen Arbeitervereine“ zu einer Versammlung einberufen. Zweck: der Arbeiterschaft zu beweisen, daß der Bürgerblock kein Bürgerblock ist, sondern eine sozial gestimmte Regierung. Vorstand: Protest gegen die Kriegsschuldfrage.

Es war eine Stahlhelmsversammlung. Besonders stark vertreten der Stahlhelm. Schwarzweißrote Aufmachung. „Rollende Trommeln, schmetternde Fanfaren, die Fahnen, vierzig Fahnen rüden ein.“ Man versteht: die Masse, die gutgläubig die Phrasen der Deutschnationalen hinnimmt, muß schwarzweißrotes Tuch sehen und Trommelschlägel hören, damit sie nicht erkennt, daß dies alles den Deutschnationalen gleichgültig ist, wenn es um Ministerien geht.

Diese Versammlung aber hat ihren Zweck verfehlt. Sie zeigt das wahre Gesicht des Bürgerblocks und die innere Verlogenheit der Deutschnationalen. Vor dieser Versammlung paradierten als Ehren Gäste, stürmisch mit Heilrufen begrüßt und der Reihe nach bewillkommnet:

- der Prinz Oskar von Preußen,
der Graf Westarp,
der Reichsminister Dr. Koch,
der Reichstagsabgeordnete Laverrenz,

Heil den Hohenzollern!

Haben nicht eben erst die Deutschnationalen einer Regierungserklärung zugestimmt, die das Bekenntnis zur Republik und zu Schwarzrotgold in den Vordergrund stellte?

Ist nicht bekannt, daß Oskar von Preußen zu den Gönnern und Freunden der Putschisten gehört, daß er im Jahre 1923 die Generale der Putsch- und Diktaturbestrebungen war? Hat er nicht die Stresemann-Mitläufer als „vaterländische“ Gesinnungsfreunde angesehen?

Man kann nicht gleichzeitig zur Republik sich bekennen und ein Gesinnungsfreund Oskar von Preußens sein. Wer beides zugleich zu sein vorgibt, begeht in jedem Falle eine Lüge.

Der Reichsminister Wilhelm Koch, der den feierlichen Eid auf die republikanische Verfassung abgelegt hat, hat gemeinsam mit Oskar von Preußen vor dieser Stahlhelmsversammlung paradiert.

Der Minister der Republik gemeinsam mit dem Haupt- und Geschäftsträger der Monarchistenpartei, die das Ende der Republik lieber heute als morgen herbeiführen möchte. Mit ihm gemeinsam Graf Westarp, der als Führer seiner Partei die Richtlinien mit dem Bekenntnis der Republik unterschrieben hat.

Man kann nicht deutlicher zeigen, was das Verhalten der Deutschnationalen ist:

eine Lüge gegen das Volk!

Bürgerblock und Sowjetrußland.

Die kommunistische Traumwelt.

Kommunistische Politik ist in der wirklichen Welt unmöglich, also müssen sich die Kommunisten ihre eigene Welt erfinden, in der sie dann „Politik“ treiben können. Ein in seiner Nationalität beinahe rührendes Beispiel für diese Methode liefert ein Aufruf des „Zentralkomitees des kommunistischen Jugendverbandes Deutschland“, in dem einem glaubensstarken Publikum folgende weltpolitische Räuberpläne vorgelegt werden:

Diese Bürgerblockregierung wurde gebildet, als die imperialistischen Mächte, unter Führung Englands, sich zu einem Block gegen die Sowjetunion und die sibirische Revolutionsregierung zusammenschlossen. Mit dem Ziel, diese Länder zu überfallen und einer Neuaufteilung unter die imperialistischen Weltmächte zu unterwerfen. Diese Bürgerblockregierung wurde gebildet, als sich mit dem Erstarken des neuen deutschen Imperialismus in der deutschen Außenpolitik immer stärker die Tendenz der Beteiligung an einem gegen die Sowjetmacht gerichteten Imperialistenblock durchsetzte.

Diese Bürgerblockregierung ist eine Regierung des aktiven Imperialismus, eine Regierung der Kriegsvorbereitung, der Kriegsbege gegen die Sowjetunion.

In Wirklichkeit hat es in Deutschland noch keine Regierung gegeben, die vor Sowjetrußland tiefere Verbeugungen gemacht hätte und von der Sowjetregierung beifälliger aufgenommen worden wäre, als eben die Bürgerblockregierung. Sind es doch gerade die Deutschnationalen, die wegen ihrer gegen den Westen und in besonderen gegen Polen gerichteten Politik auf gute Beziehungen zu Rußland den allergrößten Wert gelegt haben. In Rußland weiß man diese Gunst des preußischen Junkertums wohl zu schätzen, wie die freundliche Aufnahme seiner Vertreter wiederholt bewiesen hat. Und erst am letzten Sonntag hat Graf Westarp in Schneidemühl, nächst der polnischen Grenze, eine scharfe Rede gegen Polen gehalten und in diesem Zusammenhang, deutlich genug, den deutsch-russischen Neutralitätsvertrag gepriesen.

Wenn man der kommunistischen Jugend erzählt, England wolle „die Sowjetunion aufteilen“, so ist das schon gro-

Die Regierungserklärung ist für sie ein Witz, den sie mit Füßen treten.

Herr Wilhelm Koch, Minister der Republik, war bestimmt, in dieser Versammlung zu beweisen, daß der Bürgerblock keine unsoziale Politik treiben werde. Er sprach jedoch ein Wort, das nicht untergehen wird: Es wird über dem Bürgerblock stehen, solange er lebt. Dieses Wort:

„Arbeiten und dienen ist zunächst das, was die deutsche Arbeiterschaft braucht.“

Arbeiten und dienen! Der Unternehmer der Herr, der Arbeiter der Knecht. Kein freier Arbeiter, ein Dienstmann seines Herrn! Da steigt sie hervor, die Sehnsucht des Bürgerblocks! Die Zeit des absoluten Herrn im Hause- Standpunktes soll zurückkehren, der Arbeiter soll demütig mit der Mütze in der Hand vor dem Herrn im Fabrikhose stehen.

Arbeiten und dienen! Man versteht den Tonfall! Nicht fordern. Maulhalten. Hungerleiden. Für die Herren. Als getreue Knechte des Bürgerblocks. Soll Oskar von Preußen auch arbeiten?

Herr Koch hat sich entrüstet über die Anklage, die die Sozialdemokratie gegen den Bürgerblock erhoben hat, daß er die Unternehmer begünstige, die Arbeiter bedrücken wolle. Nein, Herr Koch will das nicht. Er will nur, daß die Arbeiter dienen.

Dieser Minister, der aus dem Arbeiterstande hervorgegangen ist, vertritt den Knechtstandpunkt. Da ist nichts von dem kraftvollen Bewußtsein der Manneswürde, dem Streben nach Gleichberechtigung, das unsere Arbeiterbewegung erfüllt. Dienen! Wer denkt nicht an jenes Wort zurück: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben“?

Dieses Wort stand im Mittelpunkt dieser Versammlung. Man nahm eine Resolution gegen die Schuldfrage an. Herr Laverrenz, der Unentwegte, erzählte:

„Die Feinde behaupten, wir hätten bewußt den Frieden Europas gestört, um unsere Vorherrschaft über Europa zu errichten. Denken wir an den Kaiser! Wenn wir ihm hierbei den leichtesten Vorwurf machen können, ist es vielleicht der, daß er zu friedfertig war!“

Die Feinde! Nach dem Bekenntnis zur Verständigungspolitik! Denken wir an den Kaiser! Nach dem Bekenntnis zur Republik!

Ueber allem aber steht das Wort des Herrn Koch.

Oben, auf dem Ehrenplatz, Oskar von Preußen, der Vertreter des gestobenen Kaisers, das Haupt der Monarchisten und der Feinde der Republik. Vor ihm der Minister der Republik Koch, den Arbeitern zuzuhören: Arbeiten und dienen!

Der Bürgerblock in bengalischer Beleuchtung. Wie gefällt euch das, ihr Herren vom Zentrum und von den christlichen Gewerkschaften?

test genug. Jeder politisch Unterrichtete weiß, daß England zurzeit ganz andere Sorgen hat. Wenn aber hinzugefügt wird, der Bürgerblock in Deutschland sei gebildet worden, um Deutschland einen Teil vom russischen Braten zu sichern, dann schweift der Blick vergebens nach den berühmten Afazien, auf die man hinausschleudern möchte. Was kann bei einer „Politik“ herauskommen, die auf so vollkommenen Produkten einer hemmungslosen Phantasie beruht?

All dieses Traumgerede ist doch nichts als eine Flucht vor der Wirklichkeit, deren Anblick für kommunistische Augen unerträglich ist. In der Wirklichkeit vertritt sich Sowjetrußland mit dem bürgerlichen Deutschland, mit dem Reichswehr-Deutschland ausgezeichnet, mit dem neuesten Bürgerblock-Deutschland aber am allerbesten. Um den Blick von dieser unbequemen Tatsache abzulenken, braucht man närrische Erfindungen.

Frankreich lehnt ab.

Der Völkerbund dient als Vorwand.

Paris, 15. Februar. (WIZ.) Die französische Antwortnote auf das amerikanische Memorandum betreffend die Seeabrüstung wird heute dem Ministerrat zur Beschlussfassung vorgelegt. Der diplomatische Berichterstatter der „Agence Havas“ glaubt mitteilen zu können, daß die französische Antwort dahin gegen werde, Amerikas Vorschlag dem Völkerbund zu überweisen, da dieser qualifiziert sei, die Abrüstungsfrage zu behandeln. Frankreich als Völkerbundmitglied moche sich nicht das Recht an, durch Annahme des französischen Vorschlages den Völkerbund zu umgehen und zur Vernichtung seiner Autorität beizutragen. Außerdem würde die von Amerika vorgeschlagene Konferenz die anderen Seemächte, die an der eventuellen Regelung des Baues von Hinfestloiten interessiert seien, kaltstellen. Endlich hätten die französischen Vertreter immer den Standpunkt betont, daß die Maßnahmen, die geeignet seien, die Abrüstung sicherzustellen, sich gleichzeitig auf die Streitkräfte zu Wasser, zu Lande und in der Luft erstrecken und auch der geographischen Lage der Staaten Rechnung tragen müßten, um die Freiheit der Verbindungswege sicherzustellen. Diese Grundzüge hätten sich in der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz durchgesetzt. Die französische Regierung, welche die meisten Staaten dafür gewonnen habe, könne sich also nicht selbst desarmieren.

Prozess gegen Emminger.

Landgerichtsdirektor und Schwurgericht.

Jene Ermächtigungsgesetze, die das erste Kabinett Marx mit dem bayerischen Staatsanwalt Emminger als Justizminister einführt, um die Wirrnisse der Inflation nach Möglichkeit abzukürzen, brachten uns auf allen möglichen Gebieten Ersparnis- und Abbaumaßnahmen. Aus Ersparnisgründen wurde unter dem Namen Emmingers von den Beamten des Reichsjustizministeriums auch eine Reihe von Eingriffen in die Justizpflege diktatorisch verfügt, die, zunächst auf Zeit gedacht, praktisch zu einer Dauererleichterung geworden sind, da der Reichstag sich nach Ablauf der Ermächtigungsgesetze nicht dazu hat entschließen können, mit der Emminger-Schulz zu machen.

Eine der wichtigsten Einrichtungen, die diesen Ersparnisgeflüsten der höheren Juristenkunst zum Opfer fiel, war das alte Schwurgericht, das, aus den Zeiten der Märzrevolution als freiheitliche Einrichtung geboren, trotz mancher Mängel sich doch ein gewisses Maß von Vertrauen im Volke bewahrt hatte. Dem Schwurgericht war nach der alten Gerichtsverfassung eine Anzahl besonders schwerer Verbrechen zur Entscheidung überwiesen. Wenn es sich um das Leben eines Menschen handelte, also um Mord oder Totschlag, oder etwa um Brandstiftung, Meineid oder ähnliche schwere Delikte, dann sollte nicht allein das sachjuristische Kollegium der gelehrten Richter über das Schicksal der Beschuldigten entscheiden, sondern die Männer aus dem Volke, die als Geschworene berufen waren.

Die Geschworenenbank setzte sich aus zwölf Männern zusammen. Im alten Preußen wurde auf Grund eines besonderen Sebeverfahrens zwar die klassenmäßige Abschneidung der Arbeiterschichten planvoll und zielsicher durchgeführt, aber es blieb doch auf den Geschworenenbanken immer noch zu einem großen Prozentsatz der sogenannte Mittelstand. Die Verhandlung vor einem solchen Schwurgericht erforderte besondere Sorgfalt und besondere Ausführlichkeit, um den Laienrichtern, die schließlich allein über Schuld oder Nichtschuld zu entscheiden hatten, ein möglichst vollkommenes Bild von den in Frage kommenden Personen und Tatsachen zu vermitteln.

Nach Abschluß der Beweisaufnahme und der Anklage- und Verteidigungsrede mußte dann der Vorsitzende des Gerichts den Geschworenen eine Rechtsbelehrung erteilen, nachdem alle den Geschworenen zur Beantwortung vorgelegten Fragen auf „schuldig“ oder „mildernde Umstände“ vorher vom Gericht unter öffentlicher Mitwirkung des Staatsanwalts und der Verteidigung festgestellt waren. Die Rechtsbelehrung durch den Vorsitzenden durfte nicht für oder gegen den Angeklagten Stellung nehmen. Sie mußte sich darauf beschränken, die Rechtsgedanken zu erklären, die in den von Anklage und Verteidigung angezogenen Gesetzesbestimmungen umschrieben sind.

Trotz dieser Beschränkung waren diese Rechtsbelehrungen aus dem Munde erfahrener Richter oft kleine Meisterwerke an juristischer Darstellungskunst. Die Entscheidung jedoch hatten die Geschworenen für sich und allein zu fällen. Sie mußten sich in das Geschworenenzimmer zurückziehen, und es war dafür gelogt, daß während ihrer Beratung sie von niemandem aufgesucht oder gestört werden durften. Sie wählten aus ihrer Mitte einen Obmann, der ihre Verhandlungen zu führen hatte und der ihren Spruch schließlich, wie das Gesetz vorschrieb, „auf Ehre und Gewissen“ dem Gericht zu verkünden hatte. Dieser Spruch konnte immer nur auf die förmlich gestellten Haupt- und Nebenfragen mit Ja oder Nein antworten. Lautete er in der Hauptsache auf Ja, so mußte hinzugefügt werden, daß der Spruch mit mehr als sieben Stimmen erfolgt sei.

Lieber das Strafmaß entschied dann der Gerichtshof, der sich aus drei beamteten Richtern einschließlich des Vorsitzenden zusammensetzte. Hatten sich die Geschworenen nach einmütiger Auffassung der gelehrten Richter zuungunsten des Angeklagten geäußert, so konnte das Gericht diesen ungünstigeren Beschluß dadurch außer Kraft setzen, daß es die ganze Verhandlung vor ein späteres Schwurgericht zur neuen Entscheidung verwies.

Der Kerngedanke der alten Schwurgerichte war, daß das unmittelbare Volksempfinden und der unerbildete Laienverstand das Schwergewicht bei den Entscheidungen haben und behalten sollte. Mit dieser in allen fortgeschrittenen Ländern vorhandenen Praxis hat die Emminger-Verordnung radikal Schluß gemacht. Sie hat an Stelle der alten Schwurgerichte neue „Schwurgerichte“ gesetzt, die in Wirklichkeit nichts anderes darstellen als erweiterte Schöffengerichte. Sie hat die Zahl der Geschworenen von zwölf auf sechs herabgesetzt und, was das wichtigste ist, die Alleinentscheidung der Geschworenen aufgehoben. Bei diesen Emmingerschen Schwurgerichten beraten und beschließen die Geschworenen mit den gelehrten Richtern gemeinsam. Das läuft in der Praxis darauf hinaus, daß sie von dem Vorsitzenden und den Beisitzern in Zweifelsfällen so lange mit juristischen Spitzfindigkeiten bearbeitet werden, bis sie sich mehr oder weniger widerstrebend dem Spruch der gelehrten Richter unterwerfen und höchstens in bezug auf das Strafmaß ein wenig hemmend wirken können. Der Charakter des Schwurgerichts als eines aus der bürgerlichen Revolution stammenden Volksgerichtes ist damit vollständig umgewandelt und die jetzigen Geschworenen bilden nur noch ein für gewisse Richter willkommenes, aber von

oben herab betrachtetes Feigenblatt gegenüber der Öffentlichkeit.

In diese neue Praxis hat der Prozeß hineingebracht, der dieser Tage unter dem Namen Thema-Marschner-Prozeß vor einem Berliner Schöffengericht verhandelt wurde. Wie anderen Lesern einmütlich, waren unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Marschner einige Justizwachmeister wegen Meinungsäußerungen und Verurteilung worden. Nachträglich hatten einige Geschworene Bedenken wegen der Form der Abstimmung im gemeinsamen Beratungszimmer bekommen und eine Eingabe an das Gericht gemacht, in der sie auf ihre Gewissensbedenken und vor allem darauf hinwiesen, daß nach ihrer Meinung die in der Emminger-Berordnung vorgesehene Zweidrittelmehrheit des gemeinsamen Gerichts nicht erreicht worden sei.

Rechtsanwalt Dr. Thema als Verteidiger der verurteilten Justizwachmeister erfuhr von dieser Eingabe und wollte sie benutzen, um die Revision beim Reichsgericht stichhaltig begründen zu können. Denn wenn wirklich die Zweidrittelmehrheit für das Schuldig nicht vorhanden gewesen wäre, so hätte das Urteil keine Rechtsgrundlage gehabt und würde aufgehoben worden sein. Seine in einer Berliner Zeitung veröffentlichte Darstellung von den Dingen gab nun den Anlaß zu der Beseidigungsklage, die Landgerichtsdirektor Marschner gegen die Zeitung und den Rechtsanwalt onstrenge und die in der Nacht zum Sonntag mit der Verurteilung zu hohen Geldstrafen vorläufig geendet hat.

Dem Herrn Marschner wird nachgerühmt, daß er ein besonders gewissenhafter und umsichtiger Vorsitzender sei und daß deshalb bei ihm am wenigsten von einer absichtlichen Verletzung der Rechtsvorschriften gesprochen werden dürfe. Sehen wir dies als zutreffend voraus, so ergibt sich aus dem Prozeß Marschner-Thema um so deutlicher die Unmöglichkeit des Emmingerschen „Schwurgerichts“-Systems. Denn durch die Auslagen der gelehrten und der Vaterländer über die Vorgänge im Beratungszimmer wurde auch dem Blindesten klargemacht, daß die ursprüngliche Auffassung der Laien — wenigstens bei vier von sechs — durch die richterliche Diskutierkunst niedrigerungen wurde. Selbst der als korrekter Richter gerühmte Marschner verlor bei seiner Aussage, wie gottter haben er sich gegenüber den Vaterländern fühlt. Vielleicht wurde er in seiner Erregung am Zeugenstand offenerherziger, als es ihm nachträglich selbst lieb sein mag. Er erzählte treuherzig, daß er zunächst einmal den Geschworenen Gelegenheit zur Aussprache gäbe, weil sie „sonst an verfehlter Rede sterben“. Von einem der Geschworenen, und gerade von dem, der die Eingabe gemacht hat, versicherte er, daß „ihm Gott mit seinem Amte keineswegs den dazu notwendigen Verstand gegeben“ habe!

Bei der vorläufigen Aussprache im besonderen Falle hatten vier Geschworene sich für Nichtschuldig ausgesprochen. Dann aber begann die Bearbeitung durch die gelehrten Richter. Die Geschworenen haben als Zeugen fast übereinstimmend befunden, daß Marschner über ihre vorläufige Meinungsäußerung in große Erregung geraten ist — die erregte Form seiner Zeugenaussage vor dem Schöffengericht läßt das glaubhaft erscheinen — und daß sie sich schließlich durch die richterliche Einwirkung haben mehr oder weniger umstimmen lassen. Die unmittelbare Wirkung ihrer Eindrücke aus der Schwurgerichtsverhandlung wurde im Beratungszimmer durch die lebhaften „Rechtsbelehrungen“ durch den Vorsitzenden und die Richter zum Teil verwischt, so daß bei ihnen eine Art Minderwertigkeitsgefühl gegenüber dem juristischen Wissen der Richter entstand.

Gerade diese Art von Beeinflussung aber hat der ursprüngliche Schwurgerichtsgedanke ausschalten wollen. Das vom Gesetz vorgeschriebene Geheimnis des Beratens hat bisher den Umfang solcher Beeinflussung nicht allgemein kenntlich werden lassen. In diesem Beseidigungsprozeß wurde aber um der höheren Ehre des

Schwurgerichtsvorsitzenden wissen dankenswerterweise das Geheimnis gelüftet.

So ist der Prozeß Marschner-Thema gegen den Willen seiner Veranstalter zu einem Prozesse gegen Emminger und seine „Schwurgerichte“ geworden. Er ergab mit aller wünschenswerten Klarheit, daß das Zusammenwirken von Richtern und Laien in gemeinsamer Beratung zu nichts anderem führt, als zur Vorherrschaft der Juristen und dadurch zur Ausschaltung der im alten Schwurgerichtssystem wirkenden unmittelbaren Rechtsprechung des Laienelements.

Dieser Prozeß gegen Emminger muß daher den Anstoß geben, die Emmingerschen „Schwurgerichte“ zu beseitigen und das alte Schwurgericht wieder einzuführen. Dabei ist allerdings das altpreussische Sieberversahren zu beseitigen und die Berufung der Volksrichter aus allen Volkskreisen zu sichern.

Major Anker über die Deutschnationalen.

Das Urteil eines Kenners.

In einer demokratischen Versammlung für Berlin-Mitte sprach gestern abend der Abg. Koch. Er lehnte eine Einigung mit der Volkspartei, die unter der heutigen Führung keineswegs liberal sei, entschieden ab, gab der Hoffnung Ausdruck, daß die gegenwärtige Koalition vor die Wähler treten werde und kündigte an, daß der Fall Reudell-Trescow keineswegs erledigt sei.

Die Sensation des Abends bildete doch das Auftreten des ehemaligen Kronprinzlichen Adjutanten und deutschnationalen Agitators, Major a. D. Anker. Nach dem Bericht des „Berl. Tagebl.“ führte er u. a. aus:

Glauben Sie mir, das Liebste an den Deutschnationalen ist, daß ihr Monarchismus nicht echt ist. Ich war doch Wahrer der monarchistischen Interessen. Nirgends habe ich härtere Klassenfeindschaft und mehr able Nachrede gehört, als in den Kreisen, die dem Thron am nächsten standen. In jenen Tagen, als es nicht ungefährlich war, die Epauletten des Offiziers zu tragen, hat jenen Kreisen der Mut gefehlt. Sie sind ins Rauflosch getreten. Heute haben sie das große Maul. Nach zwei Jahren sitze ich zum erstenmal wieder in einer politischen Versammlung. Zwei Jahre habe ich gebraucht, um Klarheit zu gewinnen. Es steht mir nicht an, die Richtlinien Ihres Parteiführers zu ergänzen, aber eines möchte ich empfehlen, nicht nur den falschen Patriotismus der Deutschnationalen zu entlarven, der nur ein Vorwand für brutale Klassenherrenschafft ist, sondern auch klar zu sagen, daß wir ein neues, freies und glückliches Deutschland wünschen, das geachtet ist im Rate der Völker, ein starkes innerlich und geistig freies Deutschland.

Zu der deutschnationalen „Arbeiterversammlung“, die wir an anderer Stelle besprechen, ist das ein ganz hübsches Gegenstück!

Vom Leben getötet.

... oder durch Salvarjan vergiftet?

Das Schicksal der 16jährigen Grete Machan ist erst vor wenigen Tagen in einem Aufsatz der Genosin Bohm-Schuch im „Vorwärts“ gewürdigt worden. Die Anklagen gegen Polizei und Krankenhaus, deren Schuld am Tode des Kindes in den Tagebüchern der Mutter behauptet wird, bewegen nach wie vor die Öffentlichkeit. Der Fall der jungen Grete — jetzt ist ja ihr richtiger Name bereits bekannt, sie hieß Liesbeth Kolomat — ist aber über die engen Grenzen Bremens hinausgewachsen. Geschleht nicht Ähnliches auch an anderen Orten?

Unser Bremer Parteiorgan hatte zu allererst die Feststellungen gemacht, daß der Ort der Handlung Bremen ist und daß die im Buche „Vom Leben getötet“ geschilderten Tatsachen der Wirklichkeit entsprechen. Unsere Bremer Genossen hatten darauf in der Bürgerschaft eine Interpellation eingebracht, die in diese Angelegenheit Licht bringen sollte. Auf Ersuchen der Polizei ist die Besprechung

dieser Interpellation auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden: die Behörde sollte die Möglichkeit erhalten, die erforderlichen Ermittlungen über die Todesursache des Mädchens vorzunehmen. Es mußte festgestellt werden, ob die Handlungen der Polizeibeamten rechtmäßig waren und die Behandlung der Liesbeth Kolomat im Krankenhaus zweckmäßig gewesen war.

Und da geschah etwas Unerwartetes und Unvorhergesehenes. Die Polizei drohte den Spieß um und stürzte sich mit der ganzen Macht ihres behördlichen Apparates auf die Mutter des verstorbenen Mädchens, also auf die Verfasserin des Buches. Man holte die Frau Kolomat aus dem katholischen Kloster Hofstanne, wo sie sich aufhielt — sie war nach dem Tode ihrer Tochter zum Katholizismus übergetreten —, steckte sie ins Gefängnis und erhob gegen sie die Anschuldigung wegen Kuppelei an ihrer eigenen Tochter. Man ging dabei so rigoros vor, daß man drei Tage lang ihre Familie über die Verhaftung in Unkenntnis ließ. Erst als der Mann am Sonntag seine Frau im Kloster aussuchen wollte, erfuhr er, daß sie bereits am Freitag von der Polizei geholt worden war — die Behörde hat somit seit der Verhaftung der Liesbeth, also seit 1924, anscheinend nichts zugelehrt. Die Justizbehörde eröffnete aber ihrerseits gegen die Frau Kolomat das Ermittlungsverfahren. Das gab auch der Bremer Senat in einer offiziellen Erklärung bekannt.

Hört man aber, auf welche Weise die Polizei zu ihrer Anklage gekommen ist, so erscheint die ganze Angelegenheit erst in richtiger Beleuchtung. Liesbeth Kolomat ist im April 1924 gestorben. Aber bereits im Mai 1926 hatte die Polizei eine Abschrift des Buches „Vom Leben getötet“ in Händen. Ihr waren also die darin erhobenen Anklagen bekannt. Sie konnte auch die Rolle, die die Mutter im Leben ihrer Tochter gespielt hatte. Sie ging aber weder den Anklagen des Buches nach, noch erhob sie Anklage gegen die Mutter. Jetzt plötzlich, nach fast zwei Jahren, da die Anklagen der Mutter Gegenstand öffentlicher Erörterungen geworden sind, dreht sie den Spieß um und erhebt Anklage gegen die Mutter wegen Kuppelei! Ja, wem wollte da nicht der Verdacht aufsteigen, daß es sich hier um ein Ablenkungsmanöver handelt? Eine Laisance bedarf aber noch besonderer Erwähnung.

Das Buch der Mutter ließ durchblicken, daß ihre Tochter infolge der Salvarjan-Behandlung gestorben sei. Die neuerdings von einem Berliner Blatte veröffentlichten ergänzenden Tagebücher der Frau Kolomat geben Andeutungen wieder, die im gleichen Sinne von den Ärzten und Krankenschwestern gemacht sein sollen. Der bekannte frühere Polizeiarzt und Gegner der Salvarjanbehandlung Prof. Dr. Dreuw hat in einem Briefe an den Vorsitzenden des Bremer Senats sich erboten, in diesem Falle als Sachverständiger zur Feststellung der wahren Todesursache der Liesbeth Kolomat beizutragen. Er behauptet, daß alle Symptome, die bei der Verstorbenen vor ihrem Tode verzeichnet wurden, auf eine Salvarjanvergiftung hinweisen. So erhält dieser Fall gerade in dem Augenblick, wo das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten die Behandlung der Geschlechtskrankungen ausschließlich in die Hände der approbierten Ärzte gegeben hat und gewissermaßen eine Zwangsbehandlung vorschreibt, eine ganz besondere Bedeutung. Ob die Salvarjanbehandlung unter gewissen Umständen tödlich sein kann oder nicht, mögen die ärztlichen Kapazitäten entscheiden; ob aber die Liesbeth Kolomat an der Salvarjanbehandlung zugrunde gegangen ist, ist im Interesse der Verhütung ähnlicher Fälle für die Öffentlichkeit von größter Bedeutung. So grotesk die Anklage gegen die Mutter des verstorbenen Mädchens erscheinen mag, vielleicht wird gerade durch sie die Möglichkeit gegeben werden, in öffentlicher Gerichtsverhandlung den wahren Sachverhalt des traurigen Schicksals der Familie Kolomat festzulegen.

Freiung für Reichstagsabgeordnete? Zwischen dem Reich und der Luthansia ist über die Frage verhandelt worden, ob es möglich sei, den Reichstagsabgeordneten freie Beförderung im Flugzeug zu gewähren. Die Frage ist zunächst verneint worden, weil man zu großen Andrang befürchtet, der den zahlenden Passagieren die Fluggelegenheit nehmen würde. — An sich wäre es sehr wünschenswert, wenn ermöglicht würde, daß die entfernteren wohnenden Abgeordneten auf dem kürzesten Weg nach Berlin gebracht werden. Vielleicht würden dann die Klagen über das Fehlen von Abgeordneten bei wichtigen Abstimmungen weniger zahlreich sein!

Das Lied vom braven Mann.

Von Paul Gufmann.

Im Weltkrieg wurde das Heldentum eines Mannes danach bemessen, wie viele Leben auf der Feindeseite ihm zu vernichten gelungen war. Unterleutnantsführer und Sieger weitesterten um den Ruhm, die höchste Rekordziffer auf der Menschenjagd zu erringen. Dem immerhin hervorragenden Mut des einzelnen auf diese Gebiete wurden in der Öffentlichkeit Anerkennungen zuteil, wie solche in Friedenszeiten nur den höchsten Körper- und Geistesleistungen gezollt werden. Die Benutzungsrekorde wurden bekanntlich gebucht, wie heute die Resultate beim Wettschwimmen über den Kanal oder bei internationalen Sportkämpfen. Was aber besagt jenes Heldentum, das von der Welt sogar auf Gedenksteinen verewigt worden ist, gegen ein anderes Heldentum von so unschätzbarem GröÙe, daß der kriegerische Ruhm dagegen wie ein Kermislicht erscheint.

„Hoch klingt das Lied vom braven Mann“ — nein, es klingt nicht hoch wie die mit Fanfaren geschmetterten Kriegsgeplänke, sondern bescheiden erdicht es unter dem soviel aufdringlicheren und belangloseren Värm des Tages. Aber dennoch, endlich einmal kann der Chronist der zeitlichen Dämmerlichkeiten freudig aufatmen, wenn er das Heldentum des Friedens ebenso belohnt sieht wie das Heldentum der Waffenrüstung. Jener kleine Vorgang, der sich da in den Vereinigten Staaten zutrug, wo man die Büste Friedrich Stegers im Weißen Haus zu Washington aufgestellt hat, gibt wieder Mut, an die Solidarität der Menschheit zu glauben. Friedrich Steger! Kein Sänger fand sich, seine Heldenhistorie zu besingen, wie Gottfried Bürger jenen unbekanntem braven Mann oder wie Goethe die schlichte Johann Sebus besungen hat. Sohn des Volkes, einfacher Matrose auf einem amerikanischen Dampfer, rettete er von der Besatzung eines fremden, in Seenot geratenen Schiffes siebzehn Personen, bis ihn selber der Tod ertöte. Siebzehnmal setzte jener junge Mensch sein Leben zur Erhaltung fremder Leben aufs Spiel. Selbst die heroischsten Taten im Dienst der Menschheit müssen hinter diese Heldenhistorie zurücktreten. Was ein Peary geleistet hat, so groß es ist, es wurde von der Anteilnahme der ganzen zivilisierten Welt begleitet, und erhofftem Ruhm galt der Einfluß des eigenen Lebens. Der Arzt, der sich im Dienst der Wissenschaft mit todtbringenden Bazillen impiet, hat bei aller Seelengröße den Gedanken an die das Lebensopfer aufwiegende Anerkennung der Fachgenossen. Von dem eifigen Ruhm der Feldherren oder jenes Königs, der nach seinen eigenen Worten Kriege entfesselte, um sich unsterblich zu machen, ganz zu schweigen. Friedrich Steger, der Sohn unbedeutender Eltern drunten in Süddeutschland, vielleicht der Verlobte eines Mädchens, das seiner in Sehnsucht harnte, dachte an nichts anderes, als daß das Leben jedes einzelnen der siebzehn Matrosen mindestens soviel wert sei wie das eigene. Ein Gott der Liebe, rettete er die Kameraden aus schwerer Lebensgefahr, wie er vielleicht, wenn die fürcht-

bar Kriegsgelahr ihn dazu gepreßt hätte, sie getötet haben würde. Entsetzlicher Gedanke, daß auf allen Seiten der Kriegsmächte manch ein Friedrich Steger töten mußte, weil seine Liebe zertrümmert wurde. Denn der Sohn des Volkes hat nicht den Sohn des anderen Volkes, und jener Instinkt, der das eigene Leben verwirrt, um das fremde zu retten, ist ursprünglicher als der von den Ruhmgeiern des Völkermordes geprägte Haß.

Die Ehrung Friedrich Stegers im Weißen Haus zu Washington ist ein seltsamerer Akt der Vereinerung vor dem heldenhaften Mann des Volkes als die symbolische Geste vor dem Grabmal des unbekanntem Soldaten. Hundert Feldherrndenkmal mit ihrem prunkvollen Kriegsschmuck wiegt diese kleine weiße Büste auf, die ein großes Volk einem deutschen Matrosen, einem Rekordmann der Nächstenliebe, unter den Büsten seiner großen Staatsmänner und Gelehrten errichtet hat.

Eine Versuchsstelle für Hauswirtschaft.

Selbst die tüchtigste Hausfrau ist oft außerstande, beim Einkauf neu angepriesener Haushaltsartikel zu erkennen, ob sie praktisch und dauerhaft sind. Ein unpraktischer Einkauf bedeutet aber immer eine unwirtschaftliche Geldausgabe, die wir uns heute weniger denn je leisten können. So hat der Reichsverband deutscher Hausfrauenvereine eine sehr zielgemäÙe Aufgabe erfüllt, als er 1925 die „Praktisch-wissenschaftliche Versuchsstelle für Hauswirtschaft“ in Leipzig gründete. Hier werden hauswirtschaftliche Artikel praktisch und wissenschaftlich geprüft und einwandfrei gute Erzeugnisse mit einem Sempel versehen, und zwar Nahrungsmittel und Genussmittel, die fabrikmäßig hergestellt sind, Koch- und Backapparate, Küchenmaschinen und Geräte, Putz- und Reinigungsmittel und Textilwaren. Ausgesprochene Luxusgegenstände und kosmetische und medizinische Artikel sind ausgeschlossen. Ein Gegenstand bekommt das empfehlende Abzeichen — eine schmalblättrige Blütenkrone in einem auf der Spitze stehenden Birett und in der Mitte die Buchstaben R. D. H. — wenn

er im Haushalt eine praktische Hilfe bedeutet im Sinne einer vernünftigen, zeit- und kraftsparenden Hauswirtschaft, oder wenn er der Pflege des Hausrats dient;

durch seine Benutzung kein Schaden für die Gesundheit entsteht;

bei seiner Benutzung das damit in Berührung kommende Material nicht leidet, kein Material und seine Verarbeitung dem betreffenden Zweck entspricht und sein Preis angemessen ist;

keine Benutzung im Haushalt, unter Berücksichtigung der oben genannten Gesichtspunkte, eine Geld- und Materialersparnis bedeutet;

seine Einführung in den deutschen Handel der deutschen Volkswirtschaft in keiner Weise nachteilig ist.

Die Versuchsstelle arbeitet hand in hand mit verschiedenen wissenschaftlichen Instituten und sie besitzt selbst eine große Versuchsstube zur praktischen Erprobung. Sie hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens schon so viel gute Arbeit geleistet, um die Spreu vom Weizen zu sondern, daß sich heute schon viele Hausfrauen mit Recht durch das kleine Abzeichen bestimmen lassen.

Eine Universität für Regierinnen. Auf den gewöhnlichen Kollegs, die von den weißen Frauen besucht werden, ist für die Regierinnen kein Platz, da ja in Amerika ein Weibler nicht einmal in demselben Hause wohnen oder in derselben Straßenbahn fahren will, die ein Regierer benutzt. Mit Hilfe einer Sammlung ist nun eine Universität für schwarze Regierinnen in Albuquerque errichtet worden, die ausschließlich für die schwarzen Frauen bestimmt ist. Die meisten Lehrer sind allerdings WeiÙe, da noch nicht genügend Regier gefunden sind, um die ganzen Lehrstühle der Hochschule mit schwarzen Professorinnen zu besetzen. Die meisten bedeutenderen weißen Lehrer wiesen erst das Angebot mit Entrüstung zurück. Endlich war doch eine Einigung zustande gekommen. Es werden hier weibliche Ärzte und Rechtsberater ausgebildet. Ferner erhalten die Regierinnen Unterricht auf allen Gebieten der Kunst und Wissenschaft, so daß sie nun ihre Ziele erreichen können, den weißen Frauen an Bildung nicht nachzustehen. Nebenher wird auch Sport in großem Umfange getrieben, findet aber bei den Regierinnen keine Gegenliebe. Vor dem Besuch der Universität müssen die Regierinnen sich einer Prüfung unterziehen, ob sie auch das erforderliche Maß von Wissen auf allen Gebieten besitzen. Bei der Eröffnung hat sich herausgestellt, daß nur 3 Proz. aller aufnahmefähigen Regierinnen halbwegs den Ansprüchen genügten, die an sie gestellt wurden. Die anderen wurden darum der Vorschule überwiesen.

Shaw's englisch-schwedische Literaturstiftung. Shaw hat jetzt endgültig die Statuten der „Englisch-schwedischen Literarischen Stiftung“ aufgestellt, für die er den ihm zuerkannten Teil des Nobelpreises zur Verfügung gestellt hat. Die Stiftung soll die Kenntnis schwedischer Kunst und Literatur in England verbreiten. Shaw wird der Ehrenvorsitz angeboten werden. Die Gesellschaft wird sich zunächst mit der Herstellung einer Strindberg-Gesellschaft beschäftigen. Die Zinsen der Summe betragen ungefähr 6000 Kronen jährlich.

Die Vorstellungen der erwerbslosen Schauspieler bringen als erstes Drama Gerhart Hauptmanns „Weber“, inszeniert von Professor Friedrich Gregori. Der Eintrittspreis beträgt 80 Pf. Die beiden ersten Aufführungen finden statt: am Dienstag in den Stadtkästen am Markendamm und am Mittwoch im Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee, abends 8 Uhr.

Im Casino-Museum spricht Donnerstag, 6 Uhr, zum Todestage Lessings und dem 20. Todestage Spinosa's Dr. Paul Wittenberg über „Lessing und Spinosa“. Danach Aufführung von Lessings Lustspiel „Die Natur und das Wunder“.

Aus der Gesellschaft. In der „Kölnischen Rundschau“ erscheint ein Gedichtchen, das durch den dem Land üblichen Durchchnitt entspricht. Über... in einer Note wird dazu bemerkt, daß die Verfasserin die 14jährige Urenkelin des berühmten Kriegsministers von Roon ist. — Das ist dann heilig etwas anderes.

Der erste Preis von der Universität Leipzig wurde von der Gesellschaft für Deutsche Forschung von Großbritannien, auch für 1927/28 zum Ehrenpräsidenten gewählt. Prof. Dreßler war, als man ihn für 1927/28 wählte, der erste deutsche Präsident, der seit 40 Jahren bestehenden Gesellschaft, die sich mit der ersten Erörterung von aktuellen Problemen befaßt.

Eine lex neue in Amerika. Der Kongressabgeordnete Wilson hat eine Wortausgabe herausgegeben, nach der 67 Theaterstücke, die in New York aufgeführt werden oder noch zur Aufführung gelangen sollen, verboten werden, da sie obszön seien. Unter den verbotenen Stücken werden sich auch „Wassers Todesspiel“ und „Subermanns „Helmut“ befinden.

Berlin im Nebel.

Seine Ursache. — Geringe Verkehrshindernisse.

Seit einigen Tagen herrscht in ganz Norddeutschland, besonders aber in und um Berlin ein überaus starker Nebel, der schon beinahe an den berühmten Londoner Nebel erinnert. Ueber diese Wettererscheinung, die an und für sich zu dieser Jahreszeit nicht ungewöhnlich ist, aber länger als sonst anhält, teilt auf Anfrage das Observatorium Lindenberg folgendes mit:

Ende der vorigen Woche hat sich in der Atmosphäre in etwa 600—800 Meter Höhe eine Sperrschicht gebildet, die die unter ihr liegenden ziemlich feuchten Luftmassen völlig abgeschlossen hat, während über dieser Schicht sonnenklares Wetter herrscht. Diese abgeschlossenen Luftmassen, die auch wegen Windmangel nicht zur Seite abgedrängt werden, kondensieren sich bei einer Temperatur von unter Null Grad zu Eisnebel, der sich als Raureif niederschlägt und zwar lediglich in den unteren Schichten. Ein Aufbrechen der Nebelbildungen ist erst dann zu erwarten, wenn sich diese Sperrschicht gänzlich niedergeschlagen hat. Sie hat sich bereits wesentlich gelockert und liegt heute nur noch in 300 Meter Höhe, so daß damit gerechnet werden kann, daß in etwa 2—3 Tagen der ganze Prozeß beendet sein wird. Nach den Meldungen der Wetterwarte erstreckt sich diese Wettererscheinung über ganz Norddeutschland bis zum polnischen Korridor, und zwar innerhalb des großen Hochdruckgebietes, das zurzeit über Mitteleuropa liegt und das sehr stabil ist. Auch aus England wird diese starke Nebelbildung gemeldet.

Für den Verkehr ist diese Behinderung der Sicht ziemlich unangenehm, ohne daß jedoch dieser Nebel zur Lahmlegung von Bahn- und Schiffsahrtlinien Anlaß gegeben hat. Auf den großen Fernstrecken der Reichsbahn sind wohl hier und da Verspätungen zu verzeichnen, da bei sehr starkem Nebel die Schnellzüge sich nur in langsamer Fahrt den Signalen nähern konnten, doch ist der Verkehr im großen und ganzen sehr planmäßig. Bei der Binnenschiffahrt, beispielsweise im Eildampferverkehr Berlin—Hamburg, rief der Nebel gleichfalls Verspätungen hervor, ohne daß jedoch der Schiffsahrtverkehr auf irgendeiner Strecke beeinträchtigt wurde. Das ruhige der Luftverhältnisse in den von dieser Wettererscheinung betroffenen Gebieten, weil der Nebel jegliche Orientierung verhindert, und weil vor allem die Flugplätze bei der mangelnden Sicht in den Flughäfen keine Startlaubnis erteilen kann.

Hamburg, 15. Februar. (M.B.) Seit gestern hat sich der auf der Unterelbe herrschende dicke Nebel auch auf den Hamburger Hafen ausgebreitet, so daß die Arbeiten zum Verholten und Laden der Schiffe vollständig lahmgelegt sind. Der Fährdampferverkehr im Hafen hat mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Seit gestern abend 8.35 Uhr ist kein Seebdampfer mehr in den Hafen eingelaufen. Der Bremer Dampfer „Sierra Cordoba“, der hier erwartet wurde, ist nicht eingetroffen.

London, 14. Februar. Heute ist der fünfte Tag, an dem London morgens von dichtem Nebel eingehüllt war. Tagsüber lichte sich der Nebel im Zentrum der Stadt, wurde aber abends wieder dichter. Auf Grund der Wettervorhersage hofft man, daß der Nebel morgen vom Südwestwind vertrieben wird. Die Schiffsahrt in der Themsemündung ist vollkommen eingestellt.

Selbstmord oder Raub?

Tad Schicksal eines anständigen Menschen.

Eine Nachtragsgeschichte, wie sie im Buche steht, erzählt vor dem Landgericht I der „Dr. rer. pol.“ U. Die Anklage steht allerdings in keiner inneren Beziehung zu der Persönlichkeit und dem Bildungsgrad dieses Akademikers; sie lautet auf versuchten Raubmord. Am 13. Juni v. J. überließ der Doktor rer. pol. mit dem Revolver in der Hand den Kassaboten der Landbank, versuchte sich seiner Aktenmappe mit 10 000 Mark zu bemächtigen und schloß dann. Er ließ die Königsgräber Straße hinunter, kehrte dann zum Ausgangspunkt in die Dessauer Straße zurück und wurde hier verhaftet. Das psychologische Rätsel dieses Prozesses ist: Wie kam dieser im allgemeinen gutgeartete Mensch zu einer solchen Tat?

Der Angeklagte ist ausnehmlich 31 Jahre alt. Sein Vater besitzt eine Schafzucht im Harz. Aus der Unterprima zog er als Kriegsfreiwilliger ins Feld. Im Jahre 1915 machte er seine Notabiturientenprüfung. Im Kriege brachte er es zum Referententant und erhielt verschiedene Auszeichnungen. Nach dem Kriege widmete er sich sofort dem Studium der Nationalökonomie. Im Juni 1921 machte er sein Doktorexamen, seine Doktorarbeit ist allerdings verlorengegangen. Als Bankbeamter gelang es ihm, erfolgreich mit Wertpapieren zu spekulieren; im Jahre 1924 liquidierte er seine Effekten mit 79 000 Goldmark. Das Geld ließ er seinen Bekannten, zum Teil ohne Prozente; die Rückzahlung erfolgte jedoch nur tropfenweise und zum Teil gar nicht. Ein Hypotheken- und Finanzierungsunternehmen, in das er den Rest seines Geldes hineinsteckte, schlug fehl. Seine Versuche, aus irgendeiner anderen Weise zu einem Verdienst zu gelangen, verliefen ergebnislos. Im Herbst 1925 heiratete er seine Wittin. Das führte zu einem Zerwürfnis mit seinen Eltern; sie hielten ihn für einen wohlhabenden Mann und waren der Ansicht, daß seine zukünftige Frau die Ursache dafür sei, daß er ihnen kein Geld mehr schicke. Das Haus, das er mit dem Vater zusammen gekauft hatte, nahm dieser für sich allein in Anspruch. Einen Prozeß, der ihm Geld bringen sollte, verlor er. Die Hoffnungen auf eine Bärenbörse zerbrachen sich. Zu Hause gab es keinen Pfennig Geld. Seine Frau glaubte seinen Beteuerungen nicht mehr und machte ihm heftige Vorwürfe. Seine Schwiegereltern verfolgten ihn mit Andeutungen, daß sie das ihm geklebte Geld wiederhaben möchten und hielten ihn mit der Wohlhabenheit seiner Eltern, die für ihn nichts übrig hätten. So kam ihm eines Tages, als er gerade an der Reichsbank vorbei kam, der Gedanke an das viele Geld, das da aufgespeichert sei. Der zweite Gedanke war, man könne doch einen Kassaboten überfallen. Tagelang kämpfte er mit Zweifel, ob er sich das Leben nehmen oder den Raub begehen sollte. Dann entschloß er sich zu dem zweiten Ausweg und begab sich unter dem Eindruck schwerer Familienhingen in die Reichsbank mit dem Entschluß, seine Pflicht zu verwirklichen.

Den ersten Kassaboten, einen alten Mann von über 60 Jahren, den er sich als Opfer ausersehen hatte und dem er in der Straßenbahn nachgefahren war, ließ er ungeschoren. Wieder entstanden ihm Zweifel. Selbstmord oder Raub? Wieder tauchte in ihm die Vorstellung von einem etwaigen Personenverbrechen seiner Frau auf. Er irrte nun planlos durch die Straßen, kehrte schließlich zur Reichsbank zurück und hörte hier einen Beamten fragen: „Ist der Kassabote noch nicht da?“. Als nun der Bote der Landbank sein Geld abgehoben hatte, verfolgte er ihn durch die Stadt, ohne den Mut zur Ausführung seines Entschlusses aufbringen zu können. Noch in der Landbank selbst hoffte er, daß sich irgendein Hindernis ihm in den Weg stellen würde. Es gab aber feins mehr. Er versteckte sich in der Küche, zog die Pistole aus der Tasche in der Hoffnung, daß schon die einfache Drohung mit der Schusswaffe genügen würde, den Kassaboten zu veranlassen, die Aktenmappe herzugeben. Als er aber dem Boten sagte: „Die Mappe her!“ rief dieser in der Hofstube. In diesem Moment ging auch schon sein Schuß los und die Aktenmappe mit dem Geld fiel zu Boden. U. ergriff aber die Flucht. Er ließ die Königsgräber Straße entlang, kehrte dann in die Dessauer Straße zurück, wurde hier von den Beamten der Dessauer Bank erkannt und verhaftet.

Die neue Elsbahn in der Zoo-Arena ist am Montag wieder eröffnet worden. Nachmittags von 4 Uhr ab findet hin und wieder Konzert statt. Schlittschuh- und Eislaufkisten können geliehen werden; von Fachlehrern wird Unterricht im Eislaufen erteilt. Eintrittspreise 60 Pf. für Erwachsene, 30 Pf. für Kinder bis zu 14 Jahren; bei Konzert 1 M. bzw. 50 Pf.

Um den Berliner Verkehrstarif.

Konferenz im Polizeipräsidium.

Amlich wird gemeldet:

Unter dem Vorsitz des Polizeipräsidenten fand heute vormittag im Polizeipräsidium eine Besprechung über die mit der Tarifvereinfachung bei den Berliner Verkehrsunternehmungen zusammenhängenden Fragen statt, an der neben den Verkehrsvorständen des Polizeipräsidiums Stadtrat Keuter für den Magistrat Berlin und die leitenden Persönlichkeiten der Berliner Verkehrsvereine teilnahmen. Die Besprechung hatte lediglich informativ Charakter. Beschlüsse wurden daher nicht gefaßt. Sie konnten auch schon deswegen nicht gefaßt werden, weil in gewissen Fragen eine Mitwirkung der Reichsbahndirektion als Kleinbahnaufsichtsbehörde vorgehen ist. In der Sitzung wurden die schwebenden Fragen eingehend erörtert, wobei wichtige Punkte bereits geklärt werden konnten. Andere Fragen bedürfen noch weiterer Ergänzungen. Wenn eine endgültige Entscheidung der Aufsichtsbehörde getroffen werden kann, läßt sich zurzeit noch nicht sagen.

Der Kampf um die Berliner Tarifreform ist nach diesem amtlichen Bericht noch nicht endgültig erledigt, wenngleich die vorsichtige Fassung darauf schließen läßt, daß die Aufsichtsbehörden bereit zu sein scheinen, den Gehaltsgängen zu folgen, die den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung veranlaßt haben, nach wochenlangen Verhandlungen die bekannten Vorschläge über die Tarifvereinfachung anzunehmen. Inzwischen wird in einem Teil der Presse, namentlich in rechtsgerichteten Zeitungen, ein müßiger, rein demagogischer Kampf gegen die Pläne der Stadtverwaltung inszeniert. Es ist rührend zu sehen, wie bestimmte Kreise auf einmal in Menschenfreundlichkeit sich förmlich überdübeln. Das soziale Herz der „Völkzeitung“ schlägt plötzlich warm für den bedauernswerten Arbeiter, dem nun seine Freiheit zugunsten angeblich phantastischer Pläne verteuert werden soll. Gegenüber dieser lächerlichen Demagogie muß ganz energisch darauf hingewiesen werden, daß die Beweggründe dieses Kampfes gegen die Berliner Verkehrsreform in ganz anderen Motiven zu suchen sind. Genau diese Kreise sind es gewesen, die jahraus, jahrein dafür gekämpft haben, daß die Berliner Straßenbahn, um die es sich ja in erster Linie handelt, zu höheren Abgaben an die Kammerverwaltung herangezogen werden soll. Seit Jahren hat man mit dem Argument gearbeitet, daß die Straßenbahn über ein Anlagekapital von 200 Millionen Mark verfüge. Dieses Anlagekapital müsse die Straßenbahn den heutigen Verhältnissen entsprechend verzinsen und deshalb außer ihrer sogenannten Bruttoabgabe in Höhe von 10 Proz. der Verkehrseinnahmen mindestens

noch weitere 10 Millionen an die Stadtkasse abführen. Im vorigen Jahre hat die Stadtverordnetenversammlung sich unter dem Druck ganz außerordentlicher Verhältnisse dafür entschlossen, diese 10 Millionen Mark zur Finanzierung von Nothstandsarbeiten zu verwenden. Eine dauernde Belastung der Straßenbahn in dieser Höhe nicht zugunsten des Verkehrs, sondern zur Schonung des Steuerfiskus bedeutet aber, wie alle Beteiligten wissen, zwangsläufig den Verzicht auf den 15-Pfennig-Tarif. Am energischsten bemüht sich um diese sehr eigenartige Verkehrsreform der Herr Oberpräsident von Berlin und Brandenburg, der sogar auf dem Standpunkt steht, daß in Zukunft der Etat der Stadt nicht mehr von ihm genehmigt werden könne, wenn nicht wenigstens 20 Millionen Mark von der Straßenbahn an die Stadt abgeführt werden. Gegen eine solche Veräußerung des Straßenbahntarifs würden die Demagogen in der Rechtspresse nicht die geringsten Einwendungen haben. Man würde dann nur in das gewohnte Nimmerland über die Mißwirtschaft in der Stadt einstimmen, im übrigen aber es selbstverständlich finden, daß die Tarife erhöht werden, um Steuererhöhungen zu vermeiden. Man muß im Gegenteil vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung erwarten, daß sie dem von den verschiedensten Stellen auf sie ausgeübten Druck in dieser Frage energischen Widerstand entgegensetzen. Die Einnahmen der Verkehrsmittel dürfen nur dem Verkehr selbst, dem Ausbau und der Verbesserung der Verkehrsmittel, zugute kommen. Wie die Tarife der Verkehrsunternehmungen auch endgültig aussehen werden, die Bevölkerung muß die Überzeugung haben, daß die von ihr gebrachten Opfer auch wirklich ihr wieder zugute kommen.

Wenn der Oberpräsident mit einer unerhörten Einseitigkeit immer wieder auf eine Erhöhung der Straßenbahntarife ausschließlich für Kammereinnahme hindrängt, so muß ihm bedeutet werden, daß nicht er, sondern die städtischen Körperschaften, die von der Bevölkerung gewählt sind, die Stadt Berlin verwalten und daß es nicht seine Aufgabe ist, über die Zweckmäßigkeit der hier beschlossenen Maßnahmen zu entscheiden. Es ist eine vollkommene Irreführung, wenn man der Bevölkerung in der Rechtspresse einreden will, man beabsichtige durch einen Kampf im Interesse des Publikums zu führen. Man will nur die bei den Verkehrsunternehmungen gewonnenen Mittel zur Senkung der Gewerbesteuer oder für andere gerecht und nützlich erscheinenden Zwecke verwenden. Die Entscheidung darüber, welcher Weg der richtige ist, wird hoffentlich dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung bei der bevorstehenden Etatsberatung nicht schwer fallen.

Landfriedensbruchprozess in Lützenwalde.

Werwolf provoziert — Reichsbanner wird verurteilt.

Unter der Anklage Landfriedensbruch und Aufruhr begangen zu haben, standen gestern in Lützenwalde vier Angehörige des Reichsbanners und fünf Angehörige des Raten-Frontkämpferbundes. Bei vier Angeklagten wurde die Anklage auf Rädelsführerschaft erweitert. Der Prozeß, der von 10 Uhr vormittags bis 11 Uhr abends gedauert hat, erregte in Lützenwalde begriffliches Aufsehen.

Der Tatbestand war folgender: Am 31. Januar 1926 veranstaltete der Werwolf in Lützenwalde im Schützenhaus ein Fest. Zu dieser Fester war die Berliner Ortsgruppe in einer Stärke von elf Mann erschienen. Beim Marsch dieser Gruppe vom Bahnhof zum Schützenhaus will der Werwolf angegriffen worden sein. Festgestellt wurde durch eugenausagen, daß nur höchstens fünf Mann dem Zuge gefolgt waren, und ein Mann des Werwolf einen Straßenpassanten mit einem Spaten bedrohte. Unter Anklage stand nicht der Mann, der schlagen wollte, sondern der sich während, der nicht geschlagen, sondern nur die Feststellung der Personalien des Werwolfs verlangte. Der zweite Zwischenfall entstand dadurch, daß ein Werwolfmann trotz striktem Verbot der Polizei das Schützenhaus verließ und auf dem Wege nach seinem Heim die Passanten mit einem Revolver bedrohte. Als später ein Passant, der jetzt auch angeklagt ist, diesen heiden feststellen ließ, riefen auf den Ruf „Alarm“ alle Teilnehmer aus dem Schützenhaus und durchstreiften die Straßen, um die Leute einzusammeln. Die ihren Mann zur Woche gebracht hatten. Hierbei haben die Werwölfe unbeteiligte Straßenpassanten angefaßt und auch einen Kriminalbeamten verprügelt. Auch bei diesem Zwischenfall sind die Werwölfe nur Zeugen, die anderen angefaßt. Der letzte Vorfall spielte sich ab, als der Werwolf wieder zum Bahnhof zog. Bei diesem Marsch soll die versammelte Menge mit Steinen geworfen haben. Rechtsanwalt Dr. Gerner brachte in seiner Verteidigungsrede den Nachweis, daß die Angeklagten sich nicht an den Zusammenstoß beteiligt haben. Die Angeklagten, einfache Arbeiter, hätten nicht gewußt, daß schon die Anwesenheit bei Zusammenrottungen strafbar sei. Das Gericht verkündete folgendes Urteil: Von den Mitgliedern des Reichsbanners wurden Döbode zu 4 Monaten Gefängnis, Richter und Funke zu 3 Monaten und 60 M. Geldstrafe verurteilt. Der Raten-Frontkämpfer Brögen erhielt als „Rädelsführer“ acht Monate, seine Kameraden Naujoch sechs Monate und Lamprecht drei Monate Gefängnis ohne Bewährungsfrist. Die Angeklagten Häsemann und Ruhholz wurden freigesprochen.

Das Richtertrium genen die Justiz wird mit solchem Urteil, das hoffentlich noch eine Korrektur erfährt, nicht befriedigt. Wieder einmal sind völkische Propagandisten für das Gericht geeignete Zeugen, um Arbeiter ins Gefängnis zu bringen.

Bereitete Flucht.

Verdächtige Gestalten, die sich auf dem Dach des Hauses Alexandersstraße 9 zu schaffen machten, erregten in der vergangenen Nacht gegen 2 1/2 Uhr die Aufmerksamkeit einer Streife von Schupo- und Kriminalbeamten. Diese beobachteten, daß sich zwei Männer und eine Frau hin und her bewagten und namentlich den Abstand zwischen diesem Dach und dem niedrigeren des anstehenden Stadtvogelgefängnisses zu prüfen schienen. Die Beamten riegelten das Gebäude ab, stiegen hinauf, holten die drei herunter und stellten fest, daß es sich um eine versuchte Gefangenenerkennung handelte. Der Wärter vom Frau Hof ist im Stadtgefängnis und sie hatte die beiden Männer gedungen, mit ihr dort einzubringen und ihn zu befreien. Mit Felle, Stahlfäße und Stricken ausgerüstet, wollten sie versuchen, dem Dach aus in das Gebäude hineinzukommen. Der Wärter vom Dach wird wohl über den Plan unterrichtet gewesen sein, hat nun aber die Befreier vergeblich erwartet.

Bauarbeiterschuß und Ueberstundenarbeit.

Gestern ereignete sich nach Feierabend auf dem Gaswerk Danziger Straße ein folgenschweres Unglück. Die Firma Köhler-Dorimund führte auf dem Gaswerk Reubym. Umbauarbeiten aus. Während die Berliner Bauarbeiter die achtstündige Bauarbeit innehielten, scheinen die von Dortmund mit herübergebrachten Arbeiter, besonders die Monteure, den achtstündigen Arbeitstagen nicht zu kennen. Regelmäßig werden von ihnen Ueberstunden gemacht. So auch am Montag, den 14. Februar. Diese Ueberstundenarbeit sollte sich für die Arbeiter folgenschwerer auswirken. Als die Berliner Arbeiter die Baustelle bereits verlassen hatten, arbeiteten die Dortmund-Monteure auf einer Hängerkonstruktion, die in eisernen Schalen ruhte, weiter. Plötzlich riß einer der Haken. Ein Teil des Gerüsts stürzte mit einem Monteur

20 Meter in die Tiefe. Der Monteur mußte schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht werden. Es ist bis jetzt noch nicht festzustellen, aus welchen Ursachen der Haken gerissen ist. Hätten vor Inangriffnahme der Arbeit die Gerüstmaterialien geprüft werden können, dann wäre das Unglück wahrscheinlich nicht geschehen. Dieser Vorgang dürfte eine Warnung für die auf dem Gaswerk beschäftigten Dortmund-Arbeiter sein, daß auch sie nur acht Stunden zu arbeiten haben. Während der weiteren Dauer des Baues wird diese Baustelle auch von den Baukontrolleuren einer steten Beobachtung unterzogen werden müssen.

Scheintodvoller Tod eines Rangierers.

Auf noch ungeklärte Art kam gestern abend der Rangierer Bau 1 M 64 auf dem Reutlinger Güterbahnhof ums Leben. Er wurde von Arbeitskollegen bewußtlos zwischen den Gleisen 16 und 17 aufgefunden. Der Bahnarzt wurde sofort von dem Vorfalle in Kenntnis gesetzt, der aber bei seinem Eintreffen M. bereits tot vorfand. Da die Leiche keinerlei äußere Verletzungen aufwies, wurde sie von der Kriminalpolizei beschlagnahmt und zur Obduktion in das Sudower Krankenhaus geschafft. — Ein schwerer Unfall trug sich heute vormittag in einer chemischen Fabrik in der Hauptstr. 9/12 in Lichtenberg zu. Dem Arbeiter Hans Künzel aus der Wärscher Str. 45 fiel ein schweres Eisenstück auf den Kopf. Mit einer Schädelverletzung wurde der Verunglückte in die Unfallklinik Siegestraße gebracht.

Volksmusik.

Ueber „Aufbau und Leben der Volksmusikschule“ sprach vor kurzen Dr. Hermann Reichenbach im Landsgemeindehaus. In feinführender, sehr interessanten Ausführungen zeichnete der Vortragende ein Bild des Aufgabenfeldes der gesamten Jugendbewegung, wobei er sich der verständnisvollsten Objektivität befleißigte. Er zog sowohl das pädagogische als auch das soziale, das religiös-sittliche und das musikalische Gebiet in den Kreis seiner Betrachtungen. Die neue Musik entsprach ganz dem Gedankenkreis der Jugend selbst. Innere Wahrhaftigkeit und Gemeinheitsgefühl waren ihre zentralen Kräfte. Der musikalische Ausdruck der Jugendbewegung aber ist nicht das Einzelmusizieren, das Einzelingen, sondern Kammermusik und Chorgesang, das gemeinsame musikalische Erlebnis. Die Jugendbewegung will die Schranken zwischen Zuhörern und Ausführenden, die erst mit der steigenden Bedeutung des Individuums entstand, niederreißen, sie will von der Zerlegung und Zersplitterung wieder zur Einheit gelangen. Dieses Ziel kann nicht auf dem Konservatorium erreicht werden. Diesen Aufgaben entsprechen die Volksmusikschulen, die im ersten Zusammenkommen mit der Jugend entstanden sind. Ihre Arbeit geht aus von der mehrstimmigen Chorarbeit des Volkes. Sie wenden sich von allem Virtuosen und Konzertmäßigen bewußt ab und erstreben eine allseitige musikalische Ausbildung, bei der der ganze Mensch ergriffen und zur Erinnerungsfähigkeit geführt wird. In Berlin bestehen bis jetzt zwei solcher Volksmusikschulen, in Charlottenburg, Dandemannstraße 26, und in der Rüttschule zu Neukölln. Der größte Teil der Schüler gehört dem Proletariat an. Das Schulgeld ist sehr mäßig, der Unterricht wird von Berufsmusikern erteilt. Es wird in der Tat hier ein neuer Weg gezeigt, der zu einer neuen Volksmusikkultur führen kann.

Weg zu Kraft und Schönheit. Am Städt. Schauspielhaus, Neufeld, Bergstr. 147, läuft am Mittwoch, den 16. Februar 1926, 1/2, 8 Uhr, der Wagners „Weg zu Kraft und Schönheit“ (erweitertes und verbessertes Teil). Eintritt 50 Pf.

Arbeiterbildungsschule. Heute, Dienstag, abend 8 Uhr, beginnt im Jugendheim Weikow, Paritz 36, der Kursus des Genossen Rardwald: Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart. Vorgeleitet 1. Mal. Vorkursarten sind am Eingang zum Schulhof zu haben.

Folgenschwere Explosion in der Rheinpfalz.

Birmolens, 13. Februar. (M.B.) In der Abteilung Pulverfabrik der Pulverfabrik Martin bei Birmolens ereignete sich gestern nachmittags aus unbekannter Ursache eine Explosion, wobei die Inneneinrichtung der Abteilung gänzlich zerstört wurde. Auch das in der Nähe liegende Werk wurde in Mitleidenschaft gezogen. Der Arbeiter Ludwig Edinger wurde 100 Meter von seiner Arbeitsstätte entfernt in völlig verkohltem Zustande aufgefunden. Der Arbeiter Jakob Gaster, der auch der Explosion zum Opfer fiel, konnte bis jetzt noch nicht aufgefunden werden. Ein weiterer Arbeiter ist schwer verletzt. Sämtliche Fensterscheiben im Werk und dem in der Nähe liegenden Direktionsgebäude wurden zertrümmert.

Ueber 100 Opfer der Risse in Japan. Dem Schneesturm sind in dem Bezirk Niigata 62 Menschenleben zum Opfer gefallen; 29 Personen waren vermisst und 113 Häuser wurden zerstört. Im Bezirk Tanama beträgt die Zahl der Toten 40 und die der Verletzten 16; 78 Häuser wurden zerstört.

Lohntarif in der Berliner Holzindustrie. Die Holzarbeiter stimmen mit knapper Mehrheit zu.

Die Funktionäre des Holzarbeiterverbandes nahmen gestern Abend in einer gut besuchten Versammlung in den „Andreas-Treffsälen“ zu den Lohnverhandlungen Stellung. In der Berliner Holzindustrie waren seit 1 1/2 Jahren die Löhne nicht mehr tariflich geregelt. Es fanden daher Verhandlungen mit den Unternehmern zur Neuschaffung eines Lohnschariffes statt, über die der Bevollmächtigte Böse berichtete.

Der Verband forderte für Facharbeiter über 22 Jahre einen Stundenlohn von 1,15 M. und dementsprechende Lohnfestsetzungen für die übrigen Berufsgruppen. Bei den ersten Verhandlungen erklärten sich die Unternehmer nur zur Zahlung eines Stundenlohnes von 1,05 M. bereit. Dieses Angebot lehnten die Funktionäre ab und beauftragten die Verhandlungskommission, unter Aufrechterhaltung der bisherigen Forderung mit den Unternehmern in erneute Verhandlungen einzutreten. Der Redner schilderte ausführlich die Schwierigkeiten dieser letzten Verhandlungen. Die Unternehmer sträubten sich gegen einen kurzfristigen Lohnabschluss; sie wollten auch die zu erwartende Preissteigerung unberücksichtigt lassen. In letzter Minute kam es schließlich zu einer Einigung, wonach für Facharbeiter über 22 Jahre ein Tariflohn von 1,09 M. pro Stunde und für Hilfsarbeiter von 0,91 M. zu zahlen ist. Facharbeiterinnen im gleichen Alter erhalten 0,75 M. und Hilfsarbeiterinnen 0,61 M. pro Stunde. Die Löhne sind den Altersklassen entsprechend nach unten abgestuft. Hinzu kommen die Montage- und Akkordzuschläge. Außerdem konnte in die Lohnvereinbarung eine Mietklausel eingefügt werden. Sobald sich die Mieten während der Dauer der Lohnvereinbarung erhöhen tritt auch automatisch eine entsprechende Erhöhung aller Löhne ein. Der neue Lohnschariff soll vom 12. Februar bis zum 30. September 1927 gelten.

Die erweiterte Ortsverwaltung hat nach längerer Beratung mit überwiegender Mehrheit beschlossen, den mit den vereinigten Verbänden der Berliner Holzindustrie vereinbarten Lohntarif zur Annahme zu empfehlen, um wieder eine tarifliche Grundlage zu schaffen. Die Funktionäre hatten sich über Annahme oder Ablehnung des Tariffs zu entscheiden.

In der Diskussion wurde der Tarif allgem. bemängelt. Die kommunistischen Redner setzten sich mit aller Schärfe für Ablehnung des Lohnschariffes ein. Sie machten der Ortsverwaltung in üblicher Weise den Vorwurf der Untätigkeit, weil diese viel zu wenig gefordert habe. Im übrigen verrieten die Phrasenhelden in ihren weitschweifigen Ausführungen eine ziemliche Unkenntnis in gewerkschaftlichen Dingen. Siegfried, Gewerkschafter für den Gau Brandenburg, erörterte eingehend das Für und Wider einer weiteren tariflosen Zeit für die Mehrzahl der Holzarbeiter und ermahnte zu reichlicher Ueberlegung bei der Stimmabgabe. Im Schlusswort trat Böse den Ausführungen der kommunistischen Redner wirkungslos entgegen.

Bei der darauf vorgenommenen Abstimmung wurde der neue Lohntarif gegen eine starke Minderheit angenommen. Damit ist, vorbehaltlich der Zustimmung der Unternehmer, nunmehr der tariflose Zustand in der Berliner Holzindustrie beseitigt.

Zur Betriebsrätewahl in der AEG, Treptow. Kommunistische Umwege.

Man schreibt uns: Der kommunistische Betriebsrat und Stadtverordnete Quast hatte mit seinen Freunden unter großer Resonanz die Belegschaft der AEG-Werke Treptow zum Besuch einer öffentlichen Betriebsversammlung aufgefordert. Die Tagesordnung lautete: „China und die Revolution“, Referent Herr Stadtratordner F. Quast. Erklärungen waren acht kommunistische Betriebsräte und Vertrauensleute sowie 16 männliche und weibliche Repräsentanten aus den Betrieben. Der Referent bemühte sich vergebens, die Versammlung an der einschüchternden Revolutionsthematik zu erwärmen.

Der Hauptzweck der Versammlung war allerdings, sich persönlich zu der bevorstehenden Betriebsratswahl in freundliche Erinnerung zu bringen, da das Renommee des revolutionären Kampflämpfers bei der Belegschaft der AEG-Werke Treptow etwas gekunft ist. Der Betriebsrat Quast verlässt sich daher hauptsächlich auf die Arbeiterkraft aus der Unterstützungsabteilung der AEG. Obwohl er selber in allen Versammlungen den rücksichtslossten Klassenkampf predigt, empfiehlt er den Unentschieden, als Entschädigung für seine Bemühungen sich gelegentlich für die kommunistische Sache zu verwenden.

Es ist wirklich an der Zeit, daß die Belegschaft die Tätigkeit ihrer Vertreter im Betriebsrat etwas näher betrachtet, um den kommunistischen Phrasen den bei der Wahl zum Betriebsrat das Handwerg zu legen. In den Parteigenossen der S.P.D. liegt es, mit allen Mitteln zu arbeiten, um nur solche Männer an die Spitze zu stellen, die konsequent sozialistische Wirtschaftspolitik und keine Phrasenpolitik treiben wollen.

Arbeitschutzgesetz und Bäckergewerbe.

In Nummer 45 des „Vorwärts“ vom 27. Januar erschien der Bericht über eine Mitgliederversammlung des Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes, die zum Entwurf eines Arbeitschutzgesetzes Stellung nahm. Der Bericht belagte zum Schluss, daß als Nachtarbeit wie bisher die Zeit von abends 10 Uhr bis morgens 6 Uhr gelten soll.

Aus dem Reichsarbeitsministerium wird uns hierzu mitgeteilt, daß bezüglich der Bedeutung der Vorchrift über das Hinausschieben von Beginn und Ende der Betriebsruhe in Bäckereien gemäß § 24 Absatz 1 des Entwurfs eine irrtümliche Auffassung zu herrschen scheint. Zu deren Berichtigung wird auf den folgenden Bescheid verwiesen, den der Reichsarbeitsminister dem „Germania“-Innungsbund der Bäckermeister gegeben hat:

Nach dem Wortlaut der in Rede stehenden Bestimmung des § 24 Absatz 1 des Entwurfs eines Arbeitschutzgesetzes ist unter dem Hinausschieben des Beginns und des Endes der Betriebsruhe um eine Stunde eine Verschiebung der Betriebsruhe in dem Sinne zu verstehen, daß sie, statt um 9 Uhr, erst um 10 Uhr abends beginnt und entsprechend, statt um 5 Uhr, erst um 6 Uhr morgens endet.

So weit, so gut. Der Schlüssel liegt jedoch: „Für zwei-, dreistündig arbeitende Betriebe kann das Arbeitsaufsichtsbüro durch Hinausschiebung des Beginns der Betriebsruhe ihre Verkürzung um höchstens eine Stunde zulassen, jedoch ohne daß sie vor 5 Uhr morgens endet.“ In diesem Falle würde also in den Betrieben, die um 5 Uhr früh die Arbeit aufnehmen, die Nachtarbeit erst um 10 Uhr abends beginnen, also nur sieben Stunden anstatt acht Stunden betragen.

In der Begründung wird gesagt, die Möglichkeit, die Nachtarbeit für zweistündig arbeitende Betriebe um höchstens eine Stunde zu verlängern, entspreche dem internationalen Uebereinkommen über die Nachtarbeit in Bäckereien und sei erforderlich, um diesen Betrieben eine volle Ausnutzung ihrer Belegschaft zu ermöglichen.

Wollte man auch hier nur 16 Stunden für die Beschäftigung freigeben, so würde jede Vorarbeit einzelner Arbeiter und jede in die Arbeitszeit fallende Pause zu einer Verkürzung der achtstündigen Arbeitszeit der einzelnen Schichten führen.

Sollte dieses Bedenken etwa verallgemeinert werden, dann wäre damit das Stichwort gegen das Dreischichtensystem in der Industrie gegeben, da beim Dreischichtwechsel ja ebenfalls jede in die Arbeitszeit fallende Pause eine entsprechende Verkürzung der achtstündigen Arbeitszeit bedeuert.

Um den Schiedspruch für die Herrenkonfektion.

In den vom Reichsarbeitsministerium angebahnten Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung in der Herrenkonfektion ist es zu keiner Verständigung gekommen. Die Parteien erwarten daher die Entscheidung durch das Reichsarbeitsministerium.

Schlichtungsverhandlungen im Bankgewerbe.

Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mitteilt, ist nunmehr der Termin für die Schlichtungsverhandlungen im Deutschen Bankgewerbe auf Mittwoch, den 23. Februar, vermittags, im Reichsarbeitsministerium festgesetzt worden. Als Unparteiischer fungiert der Oberregierungsrat Dr. Braun.

Die Berliner Innungsfachschulen.

Die letzte Zusammenkunft der freigewerkschaftlich organisierten Mitglieder der Gesellensauschüsse aller Berliner Innungen und der Handwerkskammer nahm ein sehr interessantes Referat entgegen über die Berliner Innungsfachschulen. Der Referent behandelte einleitend die allgemeine Entwicklung des gewerblichen Schulwesens in Berlin, das seit dem Inkrafttreten des Ortsgesetzes über die Berufsschulen weiter ausgebaut wird. Eine besondere Gruppe im Berliner Schulwesen bilden die Innungsfachschulen, die von der Schulaufsichtsbehörde als Ersatz für die Berufsschulen anerkannt sind, deren Besuch jedoch von der Teilnahme am Unterricht der öffentlichen Berufsschulen nicht befreit. Dabei ist zu unterscheiden zwischen den Innungsschulen, für die die Innungen alle Kosten tragen und deren es vier in Berlin gibt, und den Innungsfachschulen, die zum überwiegenden Teil aus Mitteln des Staates und der Kommunen, also der Allgemeinheit und dem Schulgeld der Lehrlinge erhalten werden.

Von diesen Schulen gibt es zurzeit in Berlin insgesamt dreizehn, für gewerbliche Berufe zwölf und eine für Drogeristen. Die Innungen bezeichnen diese Schulen mit einem gewissen Stolz als ihre eigenen Einrichtungen, überlassen es aber fast ganz der Allgemeinheit, sie zu unterhalten. Der Unterricht ist mit Ausnahme einiger weniger Schulen, in denen die Schüler im Hochzeichnen unterrichtet werden, praktischer Art. Trotz des notwendigen doppelten Schulbesuchs, des der öffentlichen Berufsschule und der Fachschule, ist der Wert der Innungsfachschulen keinesfalls zu unterschätzen. Sie sind für eine große Zahl von Lehrlingen, die oft nur eine mangelhafte Berufsausbildung erhalten, die eigentliche Lehranstalt.

Für jede Schule ist die Frage der Trägerschaft sehr wichtig. Bei den Innungsfachschulen haben die Kreise, die sie eigentlich unterhalten, fast gar keinen Einfluß. Die Stadt Berlin stellt ihre Gebäude zur Verfügung, übernimmt die Kosten der Heizung und Reinigung und trägt auch finanziell (bei einigen Schulen außerdem noch der Staat) zur Erhaltung der Schulen bei. Material und Werkzeuge, die nicht immer den modernsten Ansprüchen genügen, stellen die Innungen, wofür sie die gefertigten Gegenstände behalten. Der größte Teil der Kosten wird gedeckt durch das Schulgeld der Lehrlinge. Die Innungen zahlen für sämtliche Schulen Beiträge, die für den Schulaufbau der Stadt Berlin fast gar nichts bedeuten. Dafür haben sie die Leitung der Schulen ausschließlich in Händen.

Die Gewerkschaften veruchen schon seit längerer Zeit, auf die Leitung der Schulen mitbestimmenden Einfluß zu gewinnen. Sie fordern die Mitwirkung an diesen Schulen, wie es ihnen in Form der Schulbeiräte auch an den öffentlichen Berufsschulen möglich ist.

Die Diskussionsredner unterstrichen die Ausführungen des Referenten und versprochen, auch in den geforderten Schulbeiträgen bei den Innungsfachschulen wirksame Arbeit zu verrichten. Zum Schluss wurde folgende von der Jugendzentrale des Ortsauschusses des A.D.G.B. vorgelegte Entschliessung einstimmig angenommen:

Die freigewerkschaftlich organisierten Mitglieder der Gesellensauschüsse der Innungen und der Handwerkskammer Berlin begrüßen die Bestrebungen des Vorstandes des Ortsauschusses, an der Förderung des Berliner Berufsschulwesens

mitzuarbeiten. Die öffentliche Berufsschule soll der Vertiefung und der theoretischen Ergänzung des Berufes dienen und zugleich Dienst an der Lebensgestaltung des einzelnen und am Wirtschafts- und Volksleben sein. Darum muß die Allgemeinheit Träger der Einrichtungen sein und alle Wirtschaftskreise gleichberechtigt mitarbeiten.

Eine Sonderstellung nehmen in Berlin die Innungsfachschulen ein. Ihr vornehmlicher Zweck ist die Ergänzung der praktischen Lehre, was durchaus begründbar ist, aber auch die Unzulänglichkeit der Lehrlingsaus-

bildung in manchen Kleinbetrieben offenbart. Es erscheint keineswegs gerechtfertigt, daß diese Schulen den Namen Innungsfachschulen tragen und den Innungen weitgehende Rechte in Leitung, Lehrplan und anderem eingeräumt werden, die Stadt Berlin aber zum überwiegenden Teil die Kosten trägt. Hier muß, wenn nicht die Innungsfachschulen (was der modernen Entwicklung entspricht) als öffentliche städtische Schulen übernommen, zum mindesten jedoch die

gleichberechtigte Mitarbeit der Gewerkschaften

als wichtige Faktoren im Berliner Wirtschaftsleben gefordert werden. Die durch den Vorstand des Ortsauschusses bereits nach dieser Richtung hin unternommenen Schritte werden darum von den freigewerkschaftlich organisierten Mitgliedern der Gesellensauschüsse lebhaft begrüßt.

Eisenbahnerstreik in Indien.

Kalkutta, 15. Februar. (M.T.S.) In Barrakpur, etwa 70 Meilen von Kalkutta entfernt, sind 8000 Eisenbahner in den Streik getreten. Wie amtlich mitgeteilt wird, griffen die Streikenden die Polizei an; diese machte von der Schußwaffe-Gebrauch. Eine Person wurde verwundet.

Bund der technischen Angestellten und Beamten Ortsverwaltung Berlin. Gemeinsame Mitgliederversammlung der Fachgruppen Architekten, Ingenieur, Bauarbeiter, Bergbau, Gartenbau, Steine und Brennmaterialien, Metzger, Metzger, abends 7:30 in Hanselstadt Festsaal, Rente-Friedrichstr. 35, Eingang Kochgr., Saal 6 (nahe Bahnhof Wilmersbergplatz und Börsplatz).

Wirtschaft

Der Metallverbrauch in der Krise. Ein deutsches Kupfer- und Messing-Institut.

Im Jahre 1926 ist der deutsche Verbrauch, damit die Einfuhr an Halbmetallen unter den Krisenwirkungen bedeutend zurückgegangen. Besonders stark war der Rückgang bis zum Juli des vergangenen Jahres. Die Kupferhandelsstatistik ergibt folgende Verbrauchsziffern:

Table with 4 columns: Ganzes Jahr 1926, Einfuhr, Ausfuhr, Einfuhrüberschuh oder Verbrauch. Rows: Kupfer, Blei, Zinn, Zinn.

Gegenüber dem Jahre 1925 bedeutet das einen Rückgang des Verbrauchs von Kupfer um 72 000, von Blei um 46 000, von Zinn um 7 000 und von Zinn um 3800 Tonnen. Doch zeigt das Gesamtbild der beiden Jahre nicht so deutlich die Zusammenschumpfung der Einfuhr und die Auswirkungen der deutschen Wirtschaftskrise wie der Vergleich in der Zeit von Januar bis Juli 1926 mit der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Table with 4 columns: Januar/Juli 1926, Einfuhr, Ausfuhr, Einfuhrüberschuh oder Verbrauch. Rows: Kupfer, Blei, Zinn, Zinn.

Damit war der Einfuhrüberschuh in den sieben Monaten 1926 gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres für Kupfer um 81 895 Tonnen oder 57 Proz., Blei um 58 176 Tonnen oder 66 Proz., Zinn um 22 945 Tonnen oder 40 Proz. und Zinn um 4377 Tonnen oder fast 60 Proz. zurückgegangen. Am schärfsten ist die Einfuhr von Kupfer und Blei gesenkt. Erst die Wirtschaftsebelebung durch den englischen Streik hat die Metall-einfuhr wieder stark anziehen lassen.

Die amerikanischen Blei- und Kupfererzeuger haben die Entwidung der deutschen Kupferhandelsstatistik für Metalle mit größter Beforgnis verfolgt, und die Bildung des internationalen Kupferkartells ist zweifellos nicht zum geringsten Teil darauf zurückzuführen, daß der Kupferverbrauch Deutschlands seit dem Herbst 1925, dem Zeitpunkt, wo die Wirtschaftskrise eingeklinkt hat, eine ständige Verminderung erfahren hat. Nach amerikanischen Berechnungen ist in der Zeit vom Januar bis September 1926 ungefähr ein Quantum von 285 000 Tonnen, in derselben Zeit des Jahres 1925 aber von 370 000 Tonnen Kupfer exportiert worden.

Zur Hebung des Verbrauchs insbesondere von Kupfer wollen jetzt die in- und ausländischen Hersteller gemeinsam eine systematische Propaganda durchführen. Zu diesem Zweck ist unter starker amerikanischer Beteiligung vor wenigen Tagen das Deutsche Kupfer- und Messing-Institut gegründet worden, das in Verbindung steht mit dem amerikanischen Forschungsinstitut für Kupfer und Messing.

Mustermäßige Milchverarbeitung. Die Brot und Fleisch, so ist auch die Milch ein Massenverbrauchsartikel dringlicher Art, bei dem es zugleich auf größte Billigkeit und einwandfreie Beschaffenheit ankommt. Für die Hamburger „Produktion“ war das der Anlaß, einen Teil der Hamburger Milchverarbeitung in eigener Regie zu organisieren. Sie hat an der Hamburg-Berliner Bahn eine Großmolkerei mit einer Tagesleistung von 20 000 Litern eingerichtet und mit den modernsten Milchbearbeitungsmaschinen versehen. Der größte Teil der von den Bauern angelieferten, in eigenen Laboratorien unterzucht und dann sterilisierter Milch wird von einer modernen Spül- und Füllmaschine mit einer Leistungsfähigkeit von 3500 Flaschen in der Stunde auf Flaschen gefüllt und in besonderen Kühlwaggons nach Hamburg verfrachtet, wo in den ersten Morgenstunden die Verteilung in 200 Läden erfolgt. Diese Milchverarbeitung Hamburgs durch unsere Konsumgenossenschaft „Produktion“ ist ein Muster dafür, wie die großstädtische Milchverarbeitung unter absolutem Ausschluß jeder Verfälschungs- und Verunreinigungsmöglichkeit großzügig organisiert zu werden vermag, und es muß die Arbeiterschaft mit Benutzung erfüllen, daß auch auf diesem Gebiete deutsche Konsumgenossenschaften wieder bahnbrechend vorgegangen sind.

Verantwortlich für Text: Walter Schiff; Redaktion: G. Müggelbauer; Verantwortlich für Bild: Hans E. Schmidt; Verleger: Verlagsgesellschaft für Berlin; Druck: Verlagsgesellschaft für Berlin.

Advertisement for Bernhard Klein, featuring Beilaken 96 Pl. and Bolana G.M.B.H. products.

Advertisement for Aufklärende Vorträge über Ruilos-Knoblauchkur, listing dates and speakers.

Advertisement for Trauringe by Hermann Wiese, Berlin, with a list of prices and contact information.

Advertisement for Ein wirklicher Genuss ist Radio nur mit Lautsprecher! featuring a radio and a child.

Advertisement for Berliner Elektriker-Genossenschaft, listing services and contact details.

Advertisement for Nagelpflege-Garnituren Kopp & Joseph, featuring manicure equipment.

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtanlage des „Vorwärts“ und trotzdem billig!